

Presseinformation

1. Februar 2005

Budget des Schul- und Kindergartenfonds bewilligt

Onodi: Auch Bedarfszuweisungen an den Schul- und Kindergartenfonds sowie den Wasserwirtschaftsfonds beschlossen

Zwei wichtige Weichenstellungen für das Jahr 2005 wurden in der heutigen Sitzung der NÖ Landesregierung beschlossen. Das von der Landesregierung genehmigte Budget für den NÖ Schul- und Kindergartenfonds mit veranschlagten Ausgaben und Einnahmen in der Höhe von 52.056.800 Euro ermöglicht im kommenden Jahr wieder zahlreiche wichtige Investitionen im Schul- und Kindergartenbereich. „Mit dem Fonds werden die Schulerhalter nicht nur bei Um-, Neu- oder Zubauten von Schulen und Kindergärten unterstützt, sondern auch bei Modernisierungen, beim Bau von Turnsälen oder dem Ankauf von Schülerautobussen“, so die Geschäftsführerin des Fonds, Landeshauptmannstellvertreterin Heidemaria Onodi. Der zweite wesentliche Beschluss der heutigen Sitzung betraf die Bereitstellung von Bedarfszuweisungsmitteln. Für den Schul- und Kindergartenfonds werden heuer 27.615.000 Euro an Bedarfszuweisungsmitteln, für den NÖ Wasserwirtschaftsfonds 18.677.000 Euro zur Verfügung gestellt.

„Die Mittel aus diesen beiden Fonds sind enorm wichtig für die Kommunen und für die Wirtschaft unseres Landes. Mit den hier ausgeschütteten Geldern wird ein Investitionsvolumen ausgelöst, das – angesichts der nach wie vor schwierigen Arbeitsmarktlage – für unser Bundesland absolut unverzichtbar ist“, so Onodi weiter. „Der Wasserwirtschaftsfonds erfüllt eine immens wichtige Aufgabe in der Siedlungswasserwirtschaft. Die Versorgung der Bevölkerung mit einwandfreiem Trinkwasser und die ordnungs- und umweltgerechte Entsorgung von Abwässern ist eine der wichtigsten Aufgaben der kommunalen Infrastruktur.“ Ohne die Unterstützung durch den Fonds wären die dazu notwendigen Investitionen für die Gemeinden und Städte eine oft unlösbare Aufgabe. Onodi: „Ich kann mir keinen besseren Weg vorstellen, öffentliche Gelder zu investieren als in die Versorgung der Bevölkerung, die Ausbildung unserer Kinder sowie die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt unseres Landes.“